

## REPORTAGE

SPANIEN IN DER PANDEMIE

# „Hungerschlangen vermeiden“

Text und Fotos: Ralf Streck

**Wie in ganz Spanien explodieren auch in Barcelona Armut und Obdachlosigkeit, denn seit Beginn der Coronakrise ist die Wirtschaft des Landes mehr als jede andere in Europa abgestürzt. Zahlreiche Basisinitiativen kämpfen nun gegen die Folgen an.**

„So eine Schweinerei“, ruft der obdachlose Mann. Er wühlt in Kartons, die sein Zuhause an der hinteren Seite der Kirche Santa Maria del Pi bilden. „Mein Schlafsack wurde geklaut“, schreit er seinen Frust über den kleinen Platz im „Barri Gòtic“, dem Gotischen Viertel der Altstadt von Barcelona. Vermutlich hat den Schlafsack einer der vielen weiteren Obdachlosen gestohlen. Zwar scheint hier weiter meist die Sonne, doch sind die Tage kühl und die Nächte auch am Mittelmeer richtig kalt.

Menschen wie den Bestohlenen trifft man nun in immer größerer Zahl in der katalanischen Metropole. Sie sind der deutlichste Ausdruck der explodierenden Armut. Denn die Wirtschaft in Spanien ist wie keine andere in Europa in der Coronakrise abgestürzt. Nicht zuletzt, weil sie stark am Tourismus hängt, der wie überall eingebrochen ist. Cafés, Bars und Restaurants sind zwar derzeit geöffnet, doch wegen fehlender Gäste

meist verwaist. So ist die Stimmung trübe. Und kommt es zu einer dritten Corona-Welle, vor der Experten schon warnen, ist mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen.

Sogar die Promenade Ramblas, wo sich sonst Touristen drängeln, ist leer. Hier stolpert man nun auch tagsüber auf in Decken gewickelte schlafende Obdachlose. Nachtlager finden sich an allen Ecken. Biegt man von der Promenade, die die Altstadt vom Armenviertel Raval trennt, in dessen Richtung ab, nimmt deren Zahl noch zu. „Steht auf, steht auf“, treiben Polizisten der „Guàrdia Urbana“ drei Obdachlose aus ihren Schlafsäcken, die den Eingangsbereich eines geschlossenen Hotels als Unterschlupf nutzen. Da es bisweilen auch regnet, sind Arkaden, wie am fast ausgestorbenen Plaça Reial (Königlicher Platz), und andere Überdachungen gefragt.

Am Plaça del Pedro im Raval versammeln sich derweil Aktivisten. Nervös blicken Wachleute und Bedienstete des Sozialdienstes auf die größer werdende Schar. Sie befürchten eine Besetzung. Eine der Besorgten sucht das Gespräch, wird beruhigt: „Nein, hier wird nichts passieren“, erklären die Aktivisten. Sie scharen sich um „Juanita“, die ihren echten Namen nicht nennen will, und ihren Mann. Der Protest richtet sich gegen die ge-

plante Zwangsäumung des Paares, die am 14. September zunächst verhindert wurde.

## „Steht auf, steht auf“, treiben Polizisten der „Guàrdia Urbana“ drei Obdachlose aus ihren Schlafsäcken.

An diesem Tag begannen nach dem Corona-Moratorium wieder die Räumungen in Barcelona. „Jeden Tag sind allein in der Altstadt und im Raval etwa zehn angesetzt“, sagt Ana Moreno. „Es scheint, die verlorenen Monate sollen aufgeholt werden“, meint die Sprecherin von „Raval Rebel“. Die Organisation hilft Menschen wie Juanita hier im „Barri“. Schon vor der Gesundheitskrise wurden hier Leute aus oft fadenscheinigen Gründen aus der Wohnung geworfen, um dann die Mieten drastisch zu erhöhen. Derzeit werden häufig unbezahlte Mieten als Räumungsgrund genannt; angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sind solche Säumnisse kein Wunder (siehe Kasten). Allerdings werden nur verhältnismäßig wenige Räumungen umgesetzt, wie Moreno ergänzt. Viele Familien

gingen „freiwillig“. In einigen Fällen werde über eine Mediation eine Lösung gefunden, und manchmal würden Zwangsäumungen auch von den Anwohnern verhindert.

Juanita ist ein besonderer Fall. Die 25-jährige Transsexuelle ist aus Marokko geflüchtet, da sie wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurde. Sie ist, anders als ihr Partner, als Flüchtling anerkannt. Das Paar gehört zu denen, die vom gemeinsamen Einkommen (600 Euro) die Miete nicht mehr bezahlen konnten. Eine billigere Wohnung finden sie nicht. Homophobie oder Rassismus seien die Gründe dafür, meinen sie. „Wir wurden bei Wohnungsbesichtigungen sogar schon tätlich angegriffen“, berichtet Juanita.

Den Vermieten machen sie nicht für die Räumung verantwortlich. Er ist kein Spekulant, sondern selbst dringend auf die Mieteinnahme angewiesen. Die Aktivisten greifen deshalb die Stadtverwaltung an, die das Paar nicht als „verletzlich“ anerkennt. Das jedoch wäre die Voraussetzung, um auf eine Liste mit dringenden Fällen für einen Ersatzwohnraum zu kommen. Über die Politik der als „Regierung des Wandels“ angetretenen Kommunalverwaltung ist man besonders empört, schließlich steht ihr Ada Colau als Bürgermeisterin vor, die



Protest gegen Wohnungsraumungen in einem LGBTQIA-Zentrum in Barcelona: Die von einer Zwangsäumung bedrohte Juanita (am Tisch rechts) ist aus Marokko geflüchtet, wo sie wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurde. Auf der Suche nach einer neuen Bleibe ist sie auch in Spanien mit Homophobie und Rassismus konfrontiert.

nach der Finanzkrise die Bewegung gegen Zwangsäumungen angeführt hatte.

Das heutige Ziel der Aktivisten ist das schicke städtische LGBTQIA-Zentrum in der Nähe, wo man sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen einsetzt. Das Gebäude wird besetzt, da laut der Protestierenden auch die Verantwortlichen hier die Probleme des Paares ignoriert haben. „Hier ist der Trans-Widerstand“, skandieren lautstark drei Dutzend Aktivisten. Auf einer Pressekonferenz im Eingangsbereich des Zentrums wird dessen Verhalten ebenso wie jenes der Stadtverwaltung kritisiert und Hilfe für das Paar eingefordert, „das mehrere Diskriminierungsformen erleidet“. Nach einer Stunde beginnen Verhandlungen. Noch drei Stunden später verpflichten sich die Verantwortlichen des Zentrums, eine Lösung für Juanita zu finden, woraufhin „Raval Rebel“ die Besetzung beendet. Der Druck hat sich gelohnt. Vorläufig wird dem Paar ein Zimmer zugewiesen, nach einer adäquaten Wohnung wird gesucht. Auch Maßnahmen zur Integration, wie Sprachkurse und Hilfe bei der Arbeitssuche, sollen die beiden bekommen, sagt Ana Moreno.

Das sind die positiven Momente der Krise: die Menschen werden

zum solidarischen Handeln motiviert, denn auf die Institutionen ist kein Verlass. Im Raval, wo Menschen aus vielen Ländern und Kulturen leben, findet sich auch die Stiftung „Surt“. Seit 1993 setzt sie sich für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von Frauen ein, um die Diskriminierung zu beseitigen. Es gehe vor allem darum, sie persönlich und ökonomisch über Kurse und Initiativen zu stärken, erklärt Angels Pujol von der Initiative. Den betroffenen Frauen würden Perspektiven aufgezeigt, um sich selbstständig zu machen oder um ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern, vor allem jedoch, um ihre Autonomie zu vergrößern.

Die Coronakrise geht auch an „Surt“ nicht vorbei. Viele Frauen, die hier unterstützt werden, kamen vor allem mit dem Lockdown in existenzielle Nöte: „Wir mussten im März eine Lebensmittel-Nothilfe schaffen, weil Teilnehmerinnen unserer Kurse und ihre Familien plötzlich nicht mehr genug zum Essen hatten“, erklärt Pujol, die die Lebensmittelhilfe hier koordiniert. In der Spitze habe man 195 Frauen, insgesamt 550 Personen, unterstützt. Mittlerweile habe sich die Lage etwas verbessert, da überlastete Behörden nun meist Kurzarbeitergeld auszahlen und einigen Frauen auch Sozialgeld zugestanden worden sei.

Zudem könne nun in Hotels, Cafés und Kneipen wieder gearbeitet werden. „Die Frauen verzichten dann sofort auf die Hilfe, damit sie eine noch bedürftigere Person erhalten kann“. Mit Zuwendungen der „Nahrungsmittelbank“ werden von „Surt“ noch immer 460 Personen unterstützt. Die Begünstigten würden zu verschiedenen Zeiten bestellt. „Hungerschlangen vermeiden“, wie sie sich zum Teil vor Verteilungsstellen der Caritas im ganzen Land bilden, ist die Devise.

### Schon vor der Gesundheitskrise wurden hier Leute aus oft fadenscheinigen Gründen aus der Wohnung geworfen, um dann die Mieten drastisch zu erhöhen.

Auf der anderen Seite der Ramblas verfolgt das Sozialzentrum „La Negreta“ des Viertels Gòtic einen anderen Ansatz. Benannt ist es nach Josepa Vilaret, die „die Schwarze“ genannt wurde und vor 231 Jahren einen Brotaufstand anführte. Auch hier werden Nahrungsmittel verteilt, aber an alle Bedürftigen. Man setzt auf Hilfe zur

Selbsthilfe und bindet die Betroffenen in die Organisation ein. Die junge Griechin Danai vom Zentrum greift den Hilfesuchenden – zumeist Frauen – bei der Verteilung „nur unter die Arme“. Es soll „Selbstorganisation“ gefördert werden, zumal ehrenamtliche Aktivisten in der ersten Coronawelle schnell an ihre Grenzen stießen. „Wir begleiten die Leute nur, die samstags mit Einkaufswagen vor den Supermärkten im Stadtteil die Menschen um Nahrungsmittelpenden bitten“. Frischware bekomme man zu einem sehr vergünstigten Preis von Bauern. Die Lebensmittel werden jeden Donnerstag verteilt.

Zu solidarischem Handeln und Selbstorganisation greifen auch Selbstständige wie Nil Roca. „Da hier niemand Geld hat, haben wir wieder Tauschhandel eingeführt“, erklärt der junge Mann. Zu einer entsprechenden Vereinigung haben sich mehr als 250 Selbstständige aus ganz Katalonien zusammengeschlossen. Bei Versammlungen von Vertretern der Lokalgruppen tausche man „Wein gegen Fleisch, Honig, Käse, Gemüse oder auch Werkzeuge, da auch Schmiede dabei sind“. Zur Selbstversorgung hat Roca neben dem noch improvisierten Weinkeller „Cellers de Madremanya“ auch einen Gemüsegarten angelegt und Hühner angeschafft.



## REPORTAGE



Lebensmittelpenden sammeln für jene, deren Einkommen nicht reicht: Mitarbeiterinnen des Sozialzentrums „La Negreta“.

Roca stammt ebenfalls aus Barcelonas Altstadt. Inzwischen ist er Weinbauer in der Alt Empordà bei Girona. In der Gegend, die mit ihren Dörfern und Hügeln der Toskana ähnelt, erzeugt er seinen beliebten ökologisch angebauten „Follaräims“. Da der Wein vor allem an Restaurants verkauft wurde, brach Rocas Umsatz nahezu komplett ein.

**„Da hier niemand Geld hat, haben wir wieder Tauschhandel eingeführt.“**

Während des Lockdowns erhielt er eine staatliche Unterstützung von 660 Euro im Monat und musste den Mindest-Sozialversicherungsbeitrag von 300 Euro im Monat nicht mehr bezahlen. Doch diese Hilfen sind seit Juni Geschichte, als eilig die wirtschaftli-

chen Aktivitäten wieder hochgefahren wurden.

Seither schlägt sich Roca irgendwie durch, versucht Geld durch Verkauf seines Weins über neu entstandene Netzwerke zu verdienen. Aus dem solidarischen Austausch entstand die Idee, den Weinkeller zu teilen. Dort wird alsbald ein Freund auch Bier brauen. „Von der Miete kann ich dann die Sozialversicherung bezahlen“, sagt der Weinbauer. Mittlerweile hat er jedoch ein zusätzliches Problem, da seine Reben wegen des feuchten Frühjahrs krank geworden sind: Durch den Mehltau hat er einen Gutteil seiner Ernte verloren. Leute wie er fallen im löchrigem Sozialsystem durch nahezu alle Raster. Ihm bleibt also nichts, als sich gemeinsam mit anderen selbst zu helfen.

Ralf Streck berichtet als freier Journalist aus Spanien.

### Spaniens steigende Armut in der Coronakrise

(ras) - Die wirtschaftliche Erholung im spanischen Tourismussommer nach der ersten Welle der Coronapandemie war kurz. Nun, da ein erneuter Anstieg der Infektionen das Land so fest im Griff hat wie kaum ein anderes in Europa, steigt auch die Arbeitslosigkeit weiter. Die EU-Kommission prognostiziert, dass die spanische Wirtschaft 2020 sogar um 12,4 Prozent schrumpfen wird, so stark wie in keinem anderen Land in der Europäischen Union. Laut dem spanischen Arbeitsministerium sind Ende dieses Jahres wieder nahezu vier Millionen Menschen arbeitslos, das entspricht einer Quote von mehr als 16 Prozent. Real liegt sie noch deutlich höher, da viele Arbeitslose nicht erfasst werden, ebenso wie rund 750.000 Kurzarbeiter.

Zuletzt gab es 2017 ähnlich hohe Zahlen. Spanien kam wegen einer langjährigen verfehlten Austeritätspolitik nach der Finanzkrise von seiner hohen Arbeitslosenquote nie wirklich herunter. Sie betrug auch Ende 2019 noch fast 14 Prozent. Für Beobachter ist klar, dass sich viele der Kurzarbeiter in Arbeitslose verwandeln, wenn deren kostspielige finanzielle Stützung durch den Staat wie geplant Ende Januar ausläuft. Die Zentralbank schätzt, dass bis zu zehn Prozent aller Unternehmen die jetzige Krise nicht überleben wer-

den. Ob Arbeitslosen-Rekorde wie 2012 mit fast 27 Prozent erreicht werden, hängt von der weiteren Entwicklung der Pandemie ab.

Die Armut hat sich in Spanien bereits vor der Coronakrise zugespitzt. Kürzlich teilte die europäische Statistikbehörde Eurostat mit, dass in Spanien selbst während einer Wachstumsphase bis Ende 2018 schon rund 26 Prozent der Bevölkerung arm oder von Armut bedroht waren. Das hat damit zu tun, dass neun von zehn Arbeitsverträgen nur noch befristet geschlossen werden, oft ungewollt nur in Teilzeit. Die Bezahlung ist schlecht, doch die Ausgaben - vor allem Mieten - sind massiv gestiegen. Deshalb waren 2018 schon 21,5 Prozent der Bevölkerung von einkommensbedingter Armut bedroht, also Armut trotz Arbeit. Nur in einigen Ländern Osteuropas, allen voran Rumänien (23,5 Prozent), war die Lage diesbezüglich noch schlechter.

Aktuellere Zahlen liegen nicht vor. Angesichts des löchrigem Sozialsystems und der Tatsache, dass das vor fast sechs Monaten beschlossene „lebensnotwendige Mindesteinkommen“ noch immer kaum jemand erhalten hat, ist die Armut im laufenden Jahr explodiert. Von fast einer Million Anträgen zum Mindesteinkommen sollen nach Angaben der Regierung nur rund zehn Prozent positiv beschieden worden sein, was nicht zuletzt an umfassenden Ausschlusskriterien liegt.

Eis Finanzplaz:  
A low tax haven for Gafa and others